

# **Rede der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast**

**Anlass:** Konferenz „Risk Perception and Consumers“  
**Termin:** 04.12.2003  
**Ort:** Brüssel, Charlemagne Conference Center  
**Thema:** Risk Perception and Consumers: A German Perspective

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Mrs. Husu-Kallio,  
Sehr geehrter Herr Kommissar,  
sehr geehrter Herr Kollege,  
sehr geehrter Prof. Gaskell,  
meine Damen und Herren!

## **1. Wir leben in einer Risikogesellschaft**

Risiken sind heute andere als früher. Und sie nehmen in der Wahrnehmung, im Leben von Menschen eine immer größere Bedeutung ein.

Der bekannte Soziologe Ulrich Beck bezeichnet unsere Gesellschaft sogar als „Risikogesellschaft“. Für ihn sind Risiken eine notwendige Begleiterscheinung von Modernisierung und Industrialisierung. Nach seiner Definition sind sie Gefahren, die bewußt in Kauf genommen werden, um einen bestimmten Nutzen zu erzielen.

In unserer globalisierten Welt verbreiten sich Risiken auch immer schneller. Und einer zunehmenden Zahl von globalen Risiken, z.B. Umweltrisiken, kann man sich individuell kaum entziehen.

Auch auf der heutigen Konferenz geht es um Risiken – also Risiken im Lebensmittelbereich – und deren Wahrnehmung. Gerade Lebensmittel sind Vertrauensprodukte. Deshalb haben Schweinepest, BSE, Geflügelpest und andere Lebensmittelskandale der letzten Jahre das Vertrauen der Verbraucher erheblich erschüttert. Bislang entwickelt sich das Verbrauchervertrauen wie Aktienkursen in den wildesten Börsenzeiten. Mit jeder Krise fällt das Vertrauen der Verbraucher in den Keller.

Eine gesunde Skepsis ist sicherlich richtig. Aber wir brauchen ein gewisses Fundament im Vertrauen der Verbraucher. Lebensmittelsicherheit muß Priorität haben. Aber auch die Wirtschaft braucht Verbrauchervertrauen für stabile Märkte. Die BSE-Krise ist das anschaulichste Beispiel. Damals war das Vertrauen der Verbraucher in Rindfleisch dramatisch gesunken. Die Fleischmärkte mussten erhebliche Einbußen hinnehmen.

Wir haben schwer gearbeitet, um das gestörte Vertrauen wieder in geordnete Bahnen zu lenken:

1. wir haben den Verbraucherinnen und Verbrauchern einen zentralen Stellenwert gegeben und die Kompetenzen für den Verbraucherschutz in einem neuen Ressortzuschnitt in einem Ministerium gebündelt;
2. haben wir den gesundheitlichen Verbraucherschutz neu organisiert und entsprechende Institute geschaffen;
3. haben wir die gesamte Lebensmittelkette vom Acker bis zum Teller auf den Prüfstand gestellt.

Dadurch war es möglich, das Vertrauen der Verbraucher zurück zu gewinnen. Eine erste Bilanz dieser Maßnahmen:

Bereits ein Jahr nach BSE waren in Deutschland 63% der Verbraucher der Ansicht, dass der Verbraucherschutz bei Lebensmitteln besser geworden sei (Focus-Umfrage vom Januar 2002). Und auch das Vertrauen in die Landwirtschaft hat sich wieder verbessert. Ich bin guter Hoffnung, dass es dabei bleibt.

## **2. Paradigmenwechsel im Umgang mit Risiken**

Das Entscheidende war aber, dass wir einen Paradigmenwechsel, eine neue politische Kultur im Umgang mit Risiken eingeleitet haben. Darauf möchte ich mich heute konzentrieren. Ich habe mich dabei von dem folgenden Gedanken leiten lassen: Krisen meistert man am besten, indem man ihnen zuvorkommt.

An erster Stelle stand hier die konsequente Trennung von Risikobewertung und Risikomanagement.

Denn wer Risiken bewertet, muss in erster Linie zwei Dingen verpflichtet sein: Den Grundsätzen der Wissenschaft und der Verantwortung gegenüber den Menschen.

Das heißt, die Bewertung von Risiken muss unabhängig erfolgen können:

- unabhängig von politischen Erwägungen
- unabhängig von wirtschaftlichen Interessen
- und auch unabhängig von den Anforderungen des Krisenmanagements.

Deshalb müssen Risikobewertung und Risikomanagement auch getrennt voneinander verwaltet werden. Daher haben wir in Deutschland zwei verschiedene Institute gegründet: Eines ist für die Bewertung der Risiken zuständig, (Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)) und ein anderes für das Risikomanagement (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)).

Das spiegelt ja auch die europäische Entwicklung. Das Bundesinstitut für Risikobewertung wird zudem organisatorisch und finanziell weitgehend unabhängig sein. Auch darauf basiert die Glaubwürdigkeit der Risikobewertung. Und von der Glaubwürdigkeit der Risikobewertung hängt die Wiedergewinnung des Verbrauchervertrauens entscheidend ab. Doch es bedarf noch einer dritte Säule. Und das ist die Risikokommunikation.

Ulrich Beck stellt in seiner Analyse der Risikogesellschaft fest:

*„Es gibt keinen besseren Humus für Risiken, als deren Leugnung!“*

Genau das muss der Vergangenheit angehören: Dass Gefahren für die Menschen geleugnet oder heruntergespielt werden!

Und das Gegenteil von Leugnen ist die offene und ehrliche Kommunikation. Transparenz muss eine Selbstverständlichkeit sein – auch dann, wenn die Öffentlichkeit verunsichert ist. Denn in allen Fällen gilt: Die schlechteste Strategie ist die, „den Kopf in den Sand zu stecken“. Es gibt also keine Alternative zu einer Politik der Aufklärung und der Transparenz. Deshalb, das möchte ich aus aktuellem Anlass hinzufügen, darf die Öffentlichkeit auch nicht dauerhaft getäuscht werden.

Zum Beispiel dadurch, dass Kinderlebensmittel mit Slogans wie „tun Sie Ihrem Kind etwas Gutes“ beworben werden - und die in Wahrheit aber vor allem Fett und Zucker enthalten. Den Vorstoß von Kommissar Byrne zur Regulierung dieser „health claims“ unterstützen wir sehr, wenn auch über die Details noch geredet werden muss.

Meine Damen und Herren,

in allen Fällen gilt:

selbstverständlich muss Risikokommunikation auf wissenschaftlichen Grundlagen basieren. Aber es gibt Situationen, in denen wir Risiken kommunizieren müssen, ohne dass wir über ihre Ursachen, ihre Verbreitung und Vermeidung abschließende wissenschaftliche Erkenntnisse haben.

Für die moderne Risikokommunikation sind deshalb zwei Dinge neu:

1. Auch Erkenntnislücken müssen offengelegt werden.
2. Wir brauchen den offenen Dialog mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern und ihren Vertretungen. Wir brauchen den offenen Dialog mit den Nichtregierungsorganisationen.

Wir müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihren Ängsten, ihren Fragen und Wünschen ernst nehmen.

### **3. Grüne Gentechnik**

Für mich ist auch entscheidend bei einem weiteren, brisanten Thema, um das es auch auf dieser Tagung gehen wird: Die Grüne Gentechnik.

Die Grüne Gentechnik ist ein solcher Bereich, in dem wir Risiken und Folgen noch nicht umfassend abschätzen können. Es ist ein Zusammenspiel, das von vielen Faktoren abhängt und dessen Regeln wir noch nicht vollständig kennen. Es ist ein Bereich, bei dem die Verbraucherinnen und Verbraucher dementsprechend sehr skeptisch sind. Das belegt die Eurobarometer-Umfrage: Eine Mehrheit der Europäer lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Und das belegt auch die jüngste Umfrage in Deutschland: Über 74% der Deutschen wollen sich nicht mit gentechnisch veränderten Lebensmitteln ernähren. Als Verbraucherministerin nehme ich diese Ängste ernst. Und deshalb will ich auch sicher stellen, dass die Menschen die Wahlfreiheit haben.

Es muss auch in Zukunft noch für jeden Menschen möglich sein, sich für GVO-freie Nahrung zu entscheiden. Niemand darf gezwungen werden, etwas zu kaufen, was er oder sie als Risiko empfindet, oder einfach nicht will.

Und Wahlfreiheit erfordert:

- niedrigste Schwellenwerte bei gentechnisch verändertem Saatgut;
- die Sicherstellung der Koexistenz von GVO-freiem und GVO-Anbau;
- und schließlich eine klare Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln.

### **4. Leitbild des gut informierten und mündigen Verbrauchers**

Das, meine Damen und Herren, führt mich zu meinem letzten Punkt: Das Leitbild unserer Politik ist der gut informierte und deshalb mündige Verbraucher.

Das bedeutet für die Rolle des Staates:

1. Vorsorgender Verbraucherschutz. Verbraucherschutz kann nicht nur Reparaturbetrieb sein.
2. Eine effektive Kontrolle sicherzustellen – das gilt gerade bei Lebensmitteln.
3. Muss der Staat die Verbraucher umfassend informieren und so ihr Urteilsvermögen stärken.

Und das am besten von Kindesbeinen an. In Schulen müssen Kinder auch Alltagskompetenz erwerben können und auf ihre Rolle als Verbraucher vorbereitet werden.

Der Staat kann den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht vorschreiben, was und wie sie konsumieren. Und es gibt Situationen, in denen der Staat die Verbraucher auch nicht vor allen Risiken beschützen kann – nehmen wir das Beispiel Acrylamid.

Hier hilft nur, die Risikomündigkeit der Verbraucher zu verbessern.

Das heißt:

Wir müssen die Verbraucher in die Lage versetzen, solche Risiken so weit wie möglich abschätzen zu können. In solchen Fällen sind die Verbraucher als „individuelle Risikomanager“ gefragt. Um die Verbraucher dazu in die Lage zu versetzen, brauchen wir auch entsprechende nationale Rahmenbedingungen. Und das heißt heute immer auf EU- und auf nationaler Ebene.

Für Deutschland will ich deshalb ein Verbraucher-informationsgesetz. Das Ziel: Wir wollen Unternehmen und Verbraucher auf die gleiche Augenhöhe bringen.

Künftig sollen die Behörden auch bei unklaren Risikolagen und Verstößen Ross und Reiter nennen dürfen. Das wäre das Ende der Verschwiegenheitsphilosophie der Behörden! Und ein wichtiger Bestandteil einer neuen Kultur im Umgang mit Risiken in Deutschland!

Meine Damen und Herren,

in einer globalisierten Welt hat eine neue Kultur im Umgang mit Risiken nur dann eine Chance, wenn wir grenzüberschreitend und auf allen Ebenen zusammenarbeiten. In den vergangenen Jahren haben wir auf europäischer Ebene schon viel erreicht.

Jetzt gilt es, gemeinsam dran zu bleiben und an diesem neuen Umgang mit Risiken zu arbeiten. Ich hoffe, dass die heutige Konferenz einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann!

Vielen Dank!